

Bezugspreis: Vierteljährlich 90.-, monatlich 30.-, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Raumverpflichtung ...

Wichtig für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 7. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Not der Zeitungen.

Im Reichstag wurde heute der Antrag Cöbe (Soz.) beraten, der von den Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichnet ist.

Hörs. (Hört.) Die Zeitungen werden erliegen, wenn wir nicht eingreifen. Wir müssen uns die Frage vorlegen: Gibt es ein Mittel dagegen und wenn es kein Mittel gibt, was wird dann?

Wenn nicht, dann ist es nicht nur die Provinzpresse, die ihren Untergang findet. Ein großer Teil des Volkes verliert dann seinen Zusammenhang mit dem Volksganzen.

Wenn nicht, dann ist es nicht nur die Provinzpresse, die ihren Untergang findet. Ein großer Teil des Volkes verliert dann seinen Zusammenhang mit dem Volksganzen.

Wenn nicht, dann ist es nicht nur die Provinzpresse, die ihren Untergang findet. Ein großer Teil des Volkes verliert dann seinen Zusammenhang mit dem Volksganzen.

Wenn nicht, dann ist es nicht nur die Provinzpresse, die ihren Untergang findet. Ein großer Teil des Volkes verliert dann seinen Zusammenhang mit dem Volksganzen.

Mutterschaft.

Von Klara Bohm-Schuch.

Gestern wurde bei der Beratung des Etats für das Ministerium des Innern der sozialdemokratische Antrag verhandelt, der verlangt, daß die uneheliche Mutterschaft einer Beamtin kein Grund zu ihrer Entlassung sein darf.

Wir bejahen die Frage im Interesse der Menschlichkeit, im Interesse der Sittlichkeit, im Interesse des Staates. Die heiligste Kraft im Menschen ist die Schöpferkraft und die Natur rächt mit eiserner Konsequenz ihre Vergeudung an den Menschen selbst.

Eine Hezrede Poincarés.

Wir sind daran gewöhnt, daß in der französischen Kammer über den deutschen Militarismus und Deutschlands Boswilligkeit die verwunderlichsten Dinge erzählt werden.

Poincarés Ausführungen erinnern an die große Rede seines Vorgängers in Washington, als es galt, in der Abrüstungsfrage Farbe zu bekennen.

Paris, 7. April. (M.B.) In seiner gestrigen Rede in der Kammer erklärte Ministerpräsident Poincaré zum Schluß zur Begründung der 18monatigen Dienstzeit: Ich sage, daß wir gezwungen sind, Rücksicht zu nehmen auf den Geisteszustand Deutschlands.

Wir sind daran gewöhnt, daß in der französischen Kammer über den deutschen Militarismus und Deutschlands Boswilligkeit die verwunderlichsten Dinge erzählt werden.

Wir sind daran gewöhnt, daß in der französischen Kammer über den deutschen Militarismus und Deutschlands Boswilligkeit die verwunderlichsten Dinge erzählt werden.

Wir sind daran gewöhnt, daß in der französischen Kammer über den deutschen Militarismus und Deutschlands Boswilligkeit die verwunderlichsten Dinge erzählt werden.

Scharfmachertöne auch in Belgien.

Brüssel, 7. April. (M.B.) Meldung der Agence Reige. Während der Debatte über Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts in der Kammer antwortete Minister des Äußeren Jaspars auf die Worte mehrerer Redner:

Es ist nicht wahr, daß wir Gewalt angewandt haben, um Deutschland zum Zuhören zu zwingen. Deutschland hat, nachdem es den Vertrag unterzeichnet hatte, seine Schuld am Kriege geleugnet und sich erst zum Zuhören entschlossen, nachdem wir ihm gezeigt haben, daß hinter der Gerechtigkeits unserer Sache nichts anderes als die Macht stand.

Abschwächung des Dollars.

An der heutigen Berliner Börse machte die Ermattung des Devisenmarktes weitere Fortschritte. Dollarnoten wurden um die Mittagsstunde mit 299-300 gehandelt.

Wir bejahen die Frage im Interesse der Menschlichkeit, im Interesse der Sittlichkeit, im Interesse des Staates. Die heiligste Kraft im Menschen ist die Schöpferkraft und die Natur rächt mit eiserner Konsequenz ihre Vergeudung an den Menschen selbst.

Wir bejahen die Frage im Interesse der Menschlichkeit, im Interesse der Sittlichkeit, im Interesse des Staates. Die heiligste Kraft im Menschen ist die Schöpferkraft und die Natur rächt mit eiserner Konsequenz ihre Vergeudung an den Menschen selbst.

Indem wir die Achtung vor der Mutterschaft als solcher verlangen, dienen wir einer neuen und höheren Sittlichkeit. Mutterwerden ist das heiligste Erlebnis einer Frau, um ein reineres Ziel als der Geburt eines neuen Lebens kann das eigene Leben nicht eingeleitet werden.

Mit dieser Auffassung werden wir die Ehe nicht zerstören, sondern festigen. Die Ehe, die nicht nur ein Nebenbei-anderleben in der häuslichen Gemeinschaft ist, sondern die Lebenskameradschaft zu zweien, aus der neue, bessere Glieder der menschlichen Gesellschaft kommen sollen.

meinschaft sind, werden auch die hartnäckigsten Verfechter alter Moralüberlieferungen nicht behaupten wollen. Das es aber einmal so werde, danach streben wir. Zu erreichen ist dieses hohe Ziel nur durch die Erziehung zu wahrer Sittlichkeit, die es ablehnt, das Werden des Menschen mit Lüge zu umhüllen. In unseren Kindern muß eine starke Verantwortlichkeit gegen sich selbst und ihre Mitmenschen und gegen ihre einstigen Kinder wachsen, damit sie Körper und Seele bewußt rein erhalten und sich nicht unwissend beschmutzen und verlieren.

Wenn unser Staat in seiner jetzigen Form bestehen und sich weiterentwickeln soll, dann brauchen wir verantwortungsvolle Menschen; Menschen, die ihre Pflichten gegen die Allgemeinheit kennen und erfüllen. Dazu aber ist notwendig, daß Staat und Allgemeinheit auch die natürlichsten Rechte des einzelnen Menschen anerkennen. — Es ist in unserer Zeit wirtschaftlicher Not für alle, die vom Ertrag ihrer Arbeit leben müssen, nicht leicht, Kinder zu haben, und alle christlichen Menschen müssen auch hieraus die logischen Konsequenzen ziehen. Wenn aber eine Frau den Mut und die Verantwortung besitzt, sogar außer der Ehe Mutter zu sein, so müßte sie höchsten moralischen und rechtlichen Schutz genießen.

Kautskys Ruf zur Einigkeit.

In der „Freiheit“ antwortet Kautsky auf die Kritik, die Crispian an seinem im „Vorwärts“ veröffentlichten „Offenen Brief“ geübt hat. Er setzt auseinander, daß er mit rechtsgerichteten Tendenzen in der SPD., wie sie sich nach seiner Meinung in Görlich geäußert hätten, nicht einverstanden sei, aber er sieht auch in ihnen kein Hindernis für die schnelle Einigung, die, wie er nachweist, von Crispian und Ledebour bekämpft wird. Er fährt dann fort:

Nach dem Gesagten liegt klar zutage, wo die wirklichen Gegner der Einigung heute zu finden sind. Die Zentralkommission und ihre Freunde erklären freilich, diese Gegner seien die Mehrheitssozialisten. Diese machten jede Einigung unmöglich durch ihre Koalitions-politik und ihre Steuerkompromisse. Aber die Sache liegt umgekehrt: der wahre Gegner der Einigung ist nicht derjenige, der sie ablehnt, solange die Gegenparte in der Frage der Koalitions-politik und der Steuerpolitik anderer Meinung ist als er selbst.

Wer die Einigung davon abhängig macht, daß in diesen Fragen völlige Übereinstimmung herrscht, vermag die Einigkeit auf den St. Nimmerkeinstag. Denn in solchen Fragen wird es immer Differenzen innerhalb des sozialistischen Proletariats geben.

Die Einigung ist nicht durch völlige Übereinstimmung in diesen Punkten zu erreichen, sondern nur dadurch, daß man die geeinigte Partei in einer Weise organisiert, daß in ihr Platz ist für Gegner und Anhänger des Steuerkompromisses und ähnlicher Erscheinungen. Welche von beiden Auffassungen dann wirklich befolgt wird, hängt davon ab, welche von ihnen die Mehrheit findet. Aber die Propagierung der einen wie der anderen Auffassung innerhalb der Partei muß möglich sein.

Was die U.S.P. aus Anlaß ihrer Verschmelzung mit der K.A.G. proklamiert habe, sei nicht Einigung, sondern Verschlagung der rechtssozialistischen Partei. Kautsky macht dann interessante Bemerkungen darüber, wie man den Wert solcher Kundgebungen in der U.S.P. selbst beurteilt:

Man hat darüber gespöttelt, daß ich derartiges ernst nehme. Sollten die Aufrufe der Zentralkommission wirklich nur beherrschende Floskeln sein ohne ernsthaften Hintergrund, dann allerdings hätte ich ihr in diesem Punkte Unrecht getan und bitte sie um Verzeihung. Daß ich den Aufruf der Zentralkommission als eine wohl überlegte Kundgebung ansah, hinter der der feste Wille stand, ihren Inhalt durchzuführen, war der eine Umstand, der der Sprache meines Offenen Briefes ihre Schärfe gab.

Dann nimmt Kautsky die abgefeimte „Freiheit“-Redaktion gegen die Zentralkommission kräftig in Schutz. Durch das Gegen-gewicht, das sie der Zentralkommission bot, habe sie dem Ansehen der Partei gedient. Er sagt dann weiter:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Interesse des Proletariats die sofortige Einigung verlangt und daß zwischen SPD. und U.S.P. keine Differenzen mehr vorhanden sind, die groß genug wären, um eine Fortdauer der Spaltung zu rechtfertigen.

Von dieser Ueberzeugung aus stehe ich beiden Parteien gleich nahe, kann ich mit jeder von ihnen für die große, gemeinsame Sache wirken. Wohl gibt es Mitglieder der SPD., deren Anschauungen in schroffem Gegensatz zu den meinen stehen — und gegen solche Mitglieder, nicht gegen die ganze SPD., richtet sich der größte Teil meiner eingangs erörterten Ausführungen über Görlich. Auf der anderen Seite gibt es nicht wenige Mitglieder der SPD., die mir sachlich weit näher stehen als etwa die Zentralkommission der U.S.P. Eine scharfe Trennungslinie zwischen den beiden Parteien einzuhalten, ist mir daher nicht mehr möglich. Und es scheint mir, daß eine allgemeine Gewöhnung an diese Praxis der einzige Weg sein wird, die Einigung herbeizuführen. Wenn der Partikularismus der Führer sich als ein Hindernis dessen erweist, was dringend notwendig ist für die Gesamtheit, dann bleibt nichts übrig, als der Einigung der Organisationen voranzuwirken durch die praktische Einigung auf dem Wege gemeinsamer Zusammenarbeit der Genossen beider sozialdemokratischen Parteien zu gemeinsamen Zwecken.

Kautsky schließt mit der Bemerkung, die Einigkeit werde zu den vielen weltgeschichtlichen Fortschritten gehören, die sich vollziehen über die Köpfe der offiziellen Führer hinweg.

Kadel für Mäßigung.

In kommunistischen Kreisen hat es offenbar Stimmen hervorgerufen, daß die 3. Internationale jetzt auf einmal so schlagartig die Einheitsfront mit jenen sucht, die sie sonst Judas, Sozialverräter, Stimmes-Knechte, Steuerräuber usw. usw. zu titulieren liebt. Darum schreibt Kadel in der „Roten Fahne“ zum Abschluß der Berliner Konferenz u. a. folgendes:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zurückhaltung der Delegation der kommunistischen Internationale auf viele unserer Genossen wie ein Zurückweichen wirken wird. Die Delegation wußte das. — Aber sie mußte sich sagen: wir sind die Vertreter der Kampfbrigade des Proletariats. Der erfolgreiche Kampf des Proletariats ist unmöglich ohne seine Einigung für die Verteidigung der nächsten Interessen des Proletariats. Das Proletariat wird sich nicht um die sammeln, die am schärfsten über die Vergangenheit sprechen oder am schreiesten die Forderungen des heutigen Tages aussprechen. Es wird sich um die sammeln, die am entschiedensten seinen Willen zum einheitlichen Kampf äußern. Es wird die Parteien beurteilen nicht nach dem, was sie sagen, sondern nach dem, was sie tun. Und darum war unsere Zurückhaltung, war unsere Mäßigung die schärfste Form des Angriffes auf die Zweite Internationale. Unsere Mäßigung hat gezeigt, daß wir die Einheitsfront nicht als eine Parade für einen Tag aufzuffassen, sondern als einen zähen Kampf um die Aufrichtung und Bewahrung der Einheitsfront. Je ruhiger, je besonnenner wir das den Arbeitermassen auch in der Zukunft zeigen werden, desto mehr werden alle Angriffe der Zweiten Internationale gegen die Einheitsfront des Proletariats abprallen, die die Lösung der kommunistischen Internationale in der gegebenen historischen Situation ist.

Kadel will seinen Lesern einreden, daß die Sozialdemokratie eine Gegnerin der „Einheitsfront“ sei, während doch jedermann weiß, daß die Sozialdemokratie gar nichts anderes will, als die sich wirklich bildende Einheitsfront gegen die Moskauer Zersplitterung schützen. Im übrigen mögen sich die paar deutschen Kommunisten, die es noch gibt, seine Lehren hinter die Ohren schreiben und lernen, sich so zu benehmen, wie es ihrer tatsächlichen Bedeutung entspricht. Dann wird die Einheitsfront in Deutschland sehr bald verwirklicht sein.

Preußen oder das Reich.

In der Breslauer „Volkswacht“ nimmt der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, der frühere bayerische Innenminister, Genosse Auer, zu der umstrittenen Frage der Reugliederung des Reiches Stellung. Er wendet sich gegen die formal-juristische Behandlung der Fragen der Reichseinheit, durch die die finanzielle Erdrückung der Länder und Gemeinden nicht gemildert werden kann. Eine solche einheitliche Leitung des Reiches, wie wir sie unbedingt brauchen, sei auf die Dauer nicht möglich, wenn der Kompromiß Preußen unangefastet bleibe.

Man müsse sich darüber klar sein, daß bei der heutigen Größe Preußens aus den Verhältnissen selbst eine weitgehende Mitbestimmung der Reichspolitik durch preussische Instanzen sich ergebe, auf die die Reichsregierung wegen der Durchführung ihrer Maßnahmen besondere Rücksicht nehmen müsse. Es träte gelegentlich eine Vermischung der Kompetenzen ein, aus der sich eine Undurchsichtigkeit der Verwaltung und eine Ausschließlichkeit aller Bemühungen um demokratische Kontrolle ergeben. Man wisse manchmal nicht mehr, wofür der Reichsinnenminister, und wofür der preussische Minister die Verantwortung trage, zumal ja die Größe des preussischen Verwaltungsgebietes eine halbe Autonomie der Provinzen notwendig mache, und so das Gewirr der Instanzen sich noch vermehre.

Am liebsten sei es ein großer Fortschritt, daß allzu kleine Glieder von der Länderkarte verschwinden; aber Auer kann im Gegensatz zu Braun und Seegering nicht wünschen, daß dieser Fortschritt erzielt wird durch ein Aufgehen dieser Länder in dem unorganisch gewordenen Gebilde Preußen. Ein solches Aufgehen würde das Lieber-gemacht Preußens nur verstärken und damit alle geschichteten Ge-fahren noch vergrößern. Nur eine organische Reugliederung des Reiches könne die Befreiung der durch dynastische Interessen geschaffenen Kleinstaaterei bewirken, ohne für die Reichseinheit vermehrte Gefahren zu schaffen. Die Zerlegung Preußens in autonom deutsche Länder sei keine Aufgabe für heute und morgen, aber ein Ziel für übermorgen, das man schon bei den heute notwendigen Entscheidungen berücksichtigen müsse. Der Kampf gegen die Partikularisten für den Gedanken der Dezentralisation der deutschen Einheitsrepublik muß nach Meinung Aurers vorrangig sein, wenn mit dem Dualismus zwischen preussischer und Reichsverwaltung die häufigen Hemmungen und Mißstände verewigt werden.

Die Relegierten in Lichterfelde.

Von der Liste der 41 relegierten Primaner an der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfelde sind zwei sofort wieder gestrichen worden, weil sich ihre Unschuld herausgestellt hat. An der Relegierung der übrigen 39 hält das Kultusministerium fest.

Auflösung der K.A.G. im Reichstag.

Von den 15 Mitgliedern der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft haben heute 12 ihren Uebertritt zur U.S.P.-Fraktion erklärt. Drei sind nicht mitgegangen, und zwar Berthele, Malkahn und Reich. Da der Abg. Brühl aus der U.S.P. ausgeschieden ist, beträgt der tatsächliche Gewinn der unabhängigen Fraktion elf Abgeordnete.

Lebhafte Debatte im Beamtenbund.

In der heutigen Vormittags-sitzung ging die Aussprache über das Streikrecht der Beamten weiter, wobei der Streik der Eisenbahn-beamten in den Hintergrund trat. Die verschiedenen Auffassungen darüber, ob das Streikrecht zu Lohnkämpfen oder nur im äußersten Falle zur Verhinderung der Beamtenregierung gebraucht werden dürfe, ergeben sich aus der Stellung der einzelnen Beamten-gruppen. Den höheren Beamtenstufen wird zum Vorwurf gemacht, daß sie für die Existenzfragen der unteren Beamten nicht das rechte Verständnis haben. Manne erklärte, eine Einigung sei nur denkbar auf der Grundlage der Solidarität. Er trat für die Unterstützung der Gemäßigten ein und forderte eine Umfuge zu deren Gunsten.

Wieder eine demokratische Zeitung veräußert. Die bisher demo-kra-tische „Vorwärts-Zeitung“ ist mit dem 1. April zur Deutschen Volks-partei übergegangen. Sie erscheint täglich zweimal unter dem Titel „Deutsches Tageblatt für Berg und Markt“. Der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld läßt seine Zeitung dem „Deutschen Tageblatt“ beilegen.

Sir Younger, der Vorkämpfer der unentwegten englischen Kon-servativen, erlitt am Donnerstag im Unterhause einen Schlagan-fall. Am Abend besserte sich sein Zustand. Younger ist 71 Jahre alt.

Zwangsanleihe in Griechenland. Die griechische Nationalver-sammlung hat mit einer Mehrheit von 3 Stimmen das Gesetz über eine Zwangs-anleihe angenommen. Der Entwurf erzielte eine Überwindung dadurch, daß der Zinsfuß auf 6½ Proz. herabgesetzt wird. Die Obligationen werden auslosbar sein.

Hämische Heilkräuter. Die Not des ganzen deutschen Volkes zwingt jeden einzelnen dazu, seine Bedürfnisse einzuschränken und vor allem, jeden Einkauf vom Auslande her zu vermeiden. Hierbei denken wir nicht etwa nur an die vielen entbehrlichen Genuss-mittel und Luxusartikel, wie Weine, Tabak, Parfümerien und Seidenstoffe, sondern auch an Arzneimittel, deren Wert außer allem Zweifel steht, die wir aber doch durch andere einheimische Mittel zu ersetzen bestrebt sein müssen. Durch Aufführung und plan-mäßiges Zusammenarbeiten ließe sich hier gar viel erreichen. Es sind hohe Summen, die wir für ausländische Arzneistoffe, wie Kiz-nusol, Caracara, Apokalwanha, Senega und viele andere, ja auch für Kamillen, eine bei uns heimische Droge, zahlen müssen. Von dieser Tributpflichtigkeit ans Ausland können wir uns teilweise frei machen! Wir müssen die heimischen Heilkräuter in der erforder-lichen Menge anbauen oder, soweit sie wild vorkommen, sammeln. Wir müssen jedoch auch die fremden Drogen dargufhin an-sehen, ob sie nicht durch heimische Drogen vollwertig ersetzt werden können. Gerade nach dieser Richtung hin wird durch die For-schungen der pharmazeutischen Laboratorien gewiß noch viel Gutes geleistet werden können. Der Anfang ist gemacht. So hat ein Hamburger Chemiker festgestellt, daß die Extrakte von Schlüssel-blumen und Weiden denen von Senega und Apokalwanha in der Wirkung gleichzusetzen sind. Wir müssen also diese beiden aus-ländischen Arzneistoffe als entbehrlich ansehen, und es liegt nur an uns, ob wir aus solchen Tatsachen die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen wollen!

„Der Cicerone“, die bekannte Halbmonatsschrift für Künstler, Kunstfreunde und Sammler, erscheint neuerdings in einer über-lich und innerlich veränderten Aufmachung. Das Format ist nicht unwesentlich vergrößert, Text und Bildtafeln sind voneinander ge-trennt und es sollen auch farbige Reproduktionen als Beilagen ver-öffentlicht werden. „Der Cicerone“ dient in erster Linie dem Ver-ständnis der neuen, im Werden begriffenen Kunst, aber er behan-delt auch Themen alter und ältester Kunstkreise, soweit diese dem modernen Menschen naheliegen. Zur Förderung des Sammle-wesens sind die Beilagen „Der Wäher-Journal“, „Der Graphit-sammler“ und „Der Keramiksammler“ bestimmt. In besonderen Listen werden regelmäßig die Erwerbisse aller wichtigen Kunst- und Büchererwerbungen veröffentlicht. Alles in allem kann man sagen, daß „Der Cicerone“ zurzeit die vielseitigste, reichhaltigste und am besten informierende Kunstzeitschrift ist, die in deutscher Sprache erscheint. (Verlag Klinckschardt u. Biermann, Leipzig. Preis 30 M. bzw. 35 M. — mit Verbesserungs-ergebnissen — für das Vierteljahr.)

Das Walhalla-Theater gibt Sonntag 2 Uhr die letzte Aufführung der Oper „Lohengrin“ mit Kammerängerin Wacella Hofeler als Elä. Paul Dauten als Lohengrin. abends 7 Uhr einmaliges Gastspiel „Die Wälder“. Beide Vorstellungen zu volkstümlichen Preisen.

Wissenschaftliche Prüfung des Chalkidians. Nach die forensi-sch-physiologische Gesellschaft in Hamburg hat jetzt einen Nachweis zur Prüfung offizineller Präparate eingesetzt, dem Reibstein wie Prof. Wenzel und Prof. Schaefer sowie einige Karlisten angeschlossen. Der von der Ber-liner physiologischen Gesellschaft zu dem gleichen Zweck eingesetzte Präparat-analyse hat vom Ergebnis seiner Arbeiten bisher noch nichts hören lassen.

Bryans Feldzug gegen Darwin.

Seit Monaten tobt in verschiedenen Staaten Nordamerikas ein verzweifelter Kampf der Dunkelmänner aller Richtungen gegen die Lehren der Naturwissenschaft. Man fühlt sich geradezu in das Mittel-alter zurückversetzt, nur daß diesmal der Kampf nicht mit Däum-schrauben und Scheiterhaufen geführt wird, sondern höchst modern mit Massenversammlungen, Reden, Resolutionen, Zeitungsartikeln, Anträgen in den gesetzgebenden Versammlungen. An der Spitze des Kampfes steht William Bryan, der seit mehr als zwanzig Jahren als wiederholter Präsidentschaftskandidat bekannte Politiker.

Im Staate Kentucky waren das Unterhaus und der Senat be-reits mit einem Besche beschäftigt, das bei 50 bis 1000 Dollar Geld-strafe oder entsprechender Gefängnisstrafe verbot, in den staatlichen oder sonst mit öffentlichen Geldern unterhaltenen Schulen die Ent-wicklungslehre, den Darwinismus, Atheismus, Agnostizismus oder irgendeine Art von Unglauben zu lehren. Nur mit einer Stimme Majorität erklärte sich die Senatskommission gegen diese „Ellis Bill“, vor das Plenum kam sie nicht mehr, weil die Session vorher schloß. In Kentucky ging die Bewegung von einigen Seitenpriestern aus, die sich zur Unterstützung Bryan kommen ließen. Bryan hielt dann große Versammlungen ab und trammete Abgeordnete und Sena-toren zusammen.

In Oklahoma wirkt die Baptist Association in demselben Sinne, in Texas sind es die sogenannten südlichen Baptisten. Das Moody-Bibelinstitut von Chicago verteilt viele Tausende von Bryans Bro-schüren, die Zeitungen werden mit Artikeln angefüllt, die den Un-glauben bekämpfen, Inserate kündigen weitere Schriften über die große Gefahr an, die dem Staate und der Gesellschaft von der Lehre Darwins drohen.

Man sieht, die Agitation arbeitet mit all den bewährten demo-gogischen Mitteln, die in Amerika zu Hause sind und die sich z. B. bei der Alkoholbekämpfung so glänzend bewährt haben. Wir wären geneigt, über die ganze Geschichte die Köpfe zu zucken, aber die angegebene populärwissenschaftliche Zeitschrift „Science“ faßt die Gefahr durchaus ernst. Fünfzig Prozent unserer Mitbürger, sagt sie, haben die Intelligenz einer Kinder! Da kann man sich vorstellen, welche Bewältigungen durch eine skrupellose Hege angerichtet wird. Diese Einschätzung der amerikanischen Volksbildung durch ein hoch-stehendes Organ ist übrigens in mehr als einer Hinsicht interessant.

Me Probe sei eine Stelle aus einem Artikel der „New York Times“ angeführt, der Bryan selbst zum Verfasser hat. „Wenn die Atheisten Atheismus lehren wollen, warum bauen sie so nicht ihre eigenen Schulen und stellen eigene Lehrer an? Wenn ein Mann glaubt, Affenblut in den Adern zu haben, so mag er das seinen

Kindern zu Hause beibringen oder sie in Arbeitsschulen schicken; warum soll man ihm gestatten, anderer Leute Kinder als Affen zu behandeln? Wenn wir den mosaischen Schöpfungsbericht verteidigen, der Mensch hat kein Affenblut, sondern ist durch besondere Schöpfung von Gott geschaffen, so verteidigen wir den Gott der Juden und der Heiden, den Gott der Katholiken und der Protestan-ten. Der Glaube an ein höchstes Wesen ist für die Zivilisation ebenso unentbehrlich wie für die Religion. ... Man erschüttert den Glauben an Gott, befreit die Kraft des Gebetes, leugnet das Leben nach dem Tode, macht Christus zum bloßen Menschen, die Bibel zu einem feinen Papier. Das Christentum schreit nach Schutz gegen diese seine schlimmsten Feinde!“

Bezeichnend für die Verhältnisse und für die Unberechenbarkeit der Wirkungen ist es, daß allen Ernstes die Männer der Wissenschaft auf solche Salbaderien antworten.

Krügers Paradebilder in der Nationalgalerie. Nach Bemäh-ungen, die über ein Jahrzehnt dauerten, ist es jetzt Direktor Justi gelungen, die beiden berühmten Paradebilder des Berliner Reiters Franz Krüger vom preussischen Finanzministerium, dem Verwalter des kaiserlichen Besitzes, zur Aufstellung in der Galerie zu erhalten. Ebenfalls sind das eine Bild, die Parade unter den Linden, seinen Platz im Vorraum des Treppenhauses. Auf An-regung der Galerieleitung hatte sich der Kaiser bei einem Zusam-mentreffen mit dem Jaren diese beiden Bilder, die Krügers Kunst auf der Deutschen Jahrhundertausstellung von 1906 mit vertreten hatten, erbeben, und so trafen sie kurz vor dem Kriege in Berlin ein, verblieben aber im Berliner Schloß. Die beiden Krüger-Bilder werden nun in der Nationalgalerie den Mittelpunkt der Berliner Malerei vor Wenzel abgeben.

1824 erging der Auftrag an den erst 27-jährigen Künstler, den seine Pferde, Jagden und Bildnisse beliebt gemacht hatten, die Truppenkavallerie von 1822 zu malen. Fünf Jahre hat Krüger daran gearbeitet. Kulturgeschichtlich und als Kunstwerke sind die Bilder von großer Bedeutung. Symen der Paradebilder des biedermeier-lichen Absolutismus sind hier mit der höchsten Sorgfalt abfotografiert und so zu getreuen Reproduktionen geworden. Das militärische Gepränge hat der Meister durch einen kunstvollen Wechsel von Be-leuchtung unter dem sich bedeckenden Himmel und vor allem durch die großen Wollgruppen des Vordergrundes belebt. Hier erscheint „ganz Berlin“ zu Fuß, zu Wagen, zu Pferde, in der Gruppe der Künstler leuchten die Köpfe Schadows, Schinkels, Rauchs und Wachs hervor; im Wagen steht der Liebling der euro-päischen Bühnen, Henriette Sonntag, neben dem dämonischen Pa-ganini. Unten vorn zwischen den scheuenden Pferden grüßt der all-bekannteste Theaterrevisor Warnke, läuft der Schusterjunge, der da-bei sein muß hier in den Gruppen, die Krüger aus eigenem Wissen dem Auftrag hinzusetzte, vollendet sich seine soziale, geistig und mokerisch lebendige Kunst. Als zweite Parade, die noch nicht aufgehängt werden konnte, hat Krüger fast ein Vierteljahr-hundert später die Truppenkavallerie im Potsdamer Lustgarten gemalt.

Die Antwortnote im Ausschuss.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde heute vormittag vom Staatssekretär Simson der Inhalt der deutschen Antwort auf die Reparationsnote vorgelesen. Auch der Reichszentralrat und der Außenminister Dr. Rathenau äußerten sich über die Antwort. Von den Abgeordneten sprachen Heffrich, Gothein, Dernburg, Stinnes und Dauch. Es ist noch unbestimmt, ob die Antwort bereits heute an die Reparationskommission abgeht.

Für die Reichseinheit.

München, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Dill lehnte in der Landtagskammer über den Etat des Ministeriums des Äußeren namens der Partei die Mittel für die bayerische Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl und das Gehalt des Ministerpräsidenten ab. Bayern dürfe keine selbständige Außenpolitik treiben. Das Ministerium des Äußeren sei völlig überflüssig. Die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Auswärtige Politik und die Mitwirkung Bayerns an dieser begreife auch die bayerische Sozialdemokratie. Trotzdem sehe er sich zu der Frage veranlaßt, welche Beziehungen heute noch beständen, zwischen bayerischen Polizeibeamten, den Nationalsozialisten und gewissen Geheimorganisationen. Die Klärung des Ministerpräsidenten, die Spitzel bedienten sich der Linksparteien als Zuträger, müsse er für seine Partei entschieden zurückweisen. Die Sozialdemokratie habe noch vor ein gewisses Mißtrauen gegen den Ministerpräsidenten. Noch in keiner seiner Reden habe er ein Bekenntnis zur Republik abgelegt. Die Position der bayerischen Nationalisten sei geradezu ungeheuerlich. Hier habe das freimütige Bekenntnis des Ministerpräsidenten für die Reichseinheit und die Tatsache, daß endlich einmal wieder in bayerischen Landtag ein verantwortlicher Staatsmann die Verleumdungen gegen verantwortliche Reichsminister zurückgewiesen habe, wohltuend gewirkt. Scharfer Protest müssen wir erheben gegen die Umtriebe des bayerischen Ordnungsblocks, der in einem Aufruf verlange, daß sich Bayern „von Berlin unabhängig mache“. Da aber der Wirtschaftsbereich in Bayern nicht ausreiche, müsse es sich, so heißt es im Aufruf, an eine Großmacht anschließen, die die Befriedigung der fehlenden Existenzmittel gewährleistet. Diese Großmacht könne nur Frankreich sein. Man entschuldige sich damit, daß die Rheinbundfürsten seinerzeit ebenso gehandelt hätten. Tatsächlich seien in diesem Sinne inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern geführt worden. Die bayerische Arbeiterschaft werde alles daran setzen, diesen Verrat an der Reichseinheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Empfang beim Reichspräsidenten.

Zum gestrigen Abend hatte der Reichspräsident die Vertreter der Wissenschaft und Politik zu sich geladen. Etwa 150 Herren waren erschienen, u. a. die Minister Rathenau, Köster und Voelck, der Staatssekretär Heinrich Schulz und Reichsamtswort Reichsbank; aus der Gelehrtenwelt: die Professoren Hornad, Kernst, Niehl, Cuno, Eduard Meyer, Rubens, Haber, Lüders, Stumpf, Karl Ludwig Jäger, von Künikern, Dichters und Presselenten; Arno Holz, Fuchs, Peter Behrens, Reckstein, Corinth, Orlik, Anforge, Intendant Dehner, Wegener, Kerr, Osborn u. a. Im Laufe des Abends hielt Hornad einen feinen und klugen Vortrag über die nächsten Schritte im Urchristentum. Anforge spielte Beethoven und der Reichspräsident wies in ersten, eindringlichen Worten auf den Zweck des Abends hin: eine intime, persönliche Fühlungnahme zwischen den Männern der praktischen Politik und den Repräsentanten des deutschen Geisteslebens anzubahnen.

Belgien. Der Staatsminister Woesle, Führer der katholischen Partei, ist gestorben.

Polens Unrecht. Die litauische Regierung hat der englischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der sie gegen die Annexion Wilnas durch die Polen protestiert.

Obstruktionspielerei im Rathaus.

Die gestrige Stadverordnetenversammlung, über deren Verlauf unser heutiger Morgenblatt gebrachter Bericht noch nichts melden konnte, endete wieder in sinnloser Obstruktion. Zu dem Magistratsantrag auf Verpachtung des Gutes Tasdorf erklärte Genosse Brolat, im Güterbetrieb müsse mehr Wirtschaftlichkeit erreicht werden, aber bei dem zurzeit hohe Zuschüsse erfordernden Gut Tasdorf sei einstweilen die Verpachtung nicht zu umgehen, und man könne zusammen, da der in Aussicht genommene Pächter sachliche Lichtigkeit und Verständnis für Arbeiterinteressen habe. Nachdem Ausschuhüberweisung abgelehnt worden war, wollte Vorkämpfer Dr. Caspari, der eine jetzt zur zweiten Beratung einkaufende Wortmeldung des Kommunisten Dörr als verspätet ansehe, sofort über einen Änderungsantrag Polmana abstimmen lassen. Es kam zu einem stürmischen Austritt — der Kommunist Schumacher schrie dem Vorkämpfer zu: „Sie sind ein Schurke!“ — und die Kommunisten samt den Unabgängigen verließen dann den Saal, so daß bei der ohnedies zu vorgerückter Stunde schon schwachen Befehung die Abstimmung Beschlunsfähigkeit ergeben mußte. Gewonnen ist mit dieser Obstruktion nichts, sie wirkt nur wieder als Zeitverwässerung, denn die in der nächsten Sitzung zu wiederholende Abstimmung wird zweifellos die Genehmigung der Gutsverpachtung bringen.

Zeitverwässerung ist überhaupt in der Stadverordnetenversammlung von der äußersten Linken zum Prinzip erhoben worden. Hierzu gehört auch die in dem Sitzungsbericht unseres Morgenblattes erwähnte Verschleppung der leider notwendigen Tarifserhöhungen, über die insolge Widerspruch der Kommunisten gegen sofortige zweite Beratung nun erst in der nächsten Sitzung weiter verhandelt werden kann. Der Unabhängige Dr. Weigt war der Vater dieses Verschleppungsgedankens, dessen Ausführung bei der diesmaligen Mehrheitsgruppierung das Ergebnis der Abstimmung über die Dedungsunterlagen nicht beeinflussen konnte und nur eine demagogische Geste bedeutete hätte. Er und seine Unabhängigen bekennen sich nachher eines Besseren, aber den von ihm preisgegebenen Einfall griffen die Kommunisten auf, die ja jeden Unsinn gern mitmachen.

Börsentaumel der Kleinen.

Eine Wohnung zum Zusammenbruch der Wo-Be-Co.

Man schreibt uns von unterrichteter Seite:

Der Zusammenbruch der Wo-Be-Co., vor deren Verwaltungsgeschichte sich ähnliche Szenen wie bei dem Zusammenbruch von Kante und Köhn abspielten, wird nicht der einzige dieser Art bleiben. Es werden bei einer eintretenden Stabilisierung unserer Wirtschaft sich ganz ungeheure und noch viel schlimmere Szenen abspielen müssen. Vor kurzem ging durch den Handelszweig einiger Tageszeitungen eine Notiz, daß beim Registrator eines Berliner Amtsgerichts die Eintragungen einiger Duzend Aktien-Gesellschaften von ein und denselben Personen angeordnet wurden. Die Eintragung dieser Aktien-Gesellschaften, deren jede ein anderes Unternehmen sein sollte, wurde abgelehnt. Es gibt eine ganze Reihe sogenannter „Bankgeschäfte“ und Firmen,

die sich speziell auf diesem Gebiet betätigen. So wird von einem kleineren sogenannten Bankgeschäft erzählt, das durch derartige Transaktionen im letzten Jahr über 40 Millionen Mark verdient haben soll. Augenblicklich herrscht nach der Börsentaumel und es werden wahllos, ohne nachzuforschen, um was für Unternehmen es sich handelt, Aktien gekauft, die einem von einem guten Bekannten, der den „Tipp“ wieder von einem guten Bekannten bekommen hat, empfohlen wurden. Ein erheblicher Teil dieser Gründungen sind nur darauf berechnet, von den Dummen, die nicht alle werden, Geld herauszuholen. Es ist höchste Zeit, daß sich Behörden, Handelskammern und Borse, eiligst mit derartigen Gründungen beschäftigen, bevor wieder Tausende armer Menschen ihre Spargroschen verlieren. Denn vornehmlich sind es leider kleine Handwerker, Geschäftsleute, Beamte, Angestellte und auch Arbeiter, die von dem heutigen Börsentaumel mit fortgerissen werden. Eines schönen Tages werden sie dann am Grabe ihrer Hoffnungen stehen. Hier gilt es ganz besonders zu warnen, und die Warnung kann nicht oft und laut genug geschehen.

Mord in Tempelhof.

Ein Straßenbahnkassierer in seiner Wohnung erschlagen.

Ein Kapitalverbrechen wurde heute im Hause Kaiserin-Augusta-Str. 74 in Tempelhof entdeckt. Hier wurde in seiner im Erdgeschoss des Vorderhauses befindlichen Wohnung der Straßenbahnkassierer Emil Leichte tot aufgefunden.

Um 8 Uhr morgens betrat ein Gastkassierer das Haus, um die fälligen Beträge einzuziehen. Bei Leichte fand er seinen Einlaß. Eine Nachbarin, die ebenfalls in dem Hause wohnt, blickte durch das Fenster in die Wohnung Leichts und sah dort den Mann mit Kopferletzungen regungslos am Boden liegen. Die sofort benachrichtigte Polizei stellte bei Leichte, der 56 Jahre alt ist und aus Wittkow im Kreise Deutsch-Krone stammt, den bereits eingetretenen Tod fest. Der Kopf wies an der Stirn Verletzungen auf, deren Art noch untersucht werden muß. Sie rührten offenbar von Schlägen mit einem Hammer her, der im Zimmer aufgefunden wurde. In dem Raum selbst herrschte große Unordnung. So waren Stühle umgeworfen, was darauf schließen läßt, daß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden hat. Die Uhr Leichts lag unter dem Schlafsofa. Der Mörder hat nach der Tat die Wohnungstür von innen verschlossen und ohne Zweifel seinen Ausgang durch ein Fenster genommen, das man nur angelehnt fand. Zur Aufklärung des Verbrechens wurde der Nordberetungsdienst der Kriminalpolizei unter Leitung des Kriminalkommissars Trettin nach dem Tatort entsandt.

Ein Verunglückter, der gesucht wird.

Das Amtsgericht Mitte beschäftigt sich zurzeit mit einem selbst im Verkehrsleben Berlins seltenen Fall. Am 27. September vorigen Jahres wurde gegen 10½ Uhr abends an der Haltestelle der Straßenbahn Ede Warschauer Straße und Stralauer Allee ein etwa 40jähriger Mann von einem schnellfahrenden Personenkraftwagen zu Boden geworfen. Er wurde bewußtlos von Passanten auf den Bürgersteig getragen. Seine Persönlichkeit ist nicht bekannt. Deshalb konnte über die Verletzungen nichts ermittelt werden; die Helfer haben vermutlich die Nummer des davonfahrenden Kraftwagens nicht erkannt. Aus diesem Grunde ist heute die Anzeige von dem Verletzten unterlassen worden. Über die Fahrgäste einer Elektrischen haben die Nummer des Autos feststellen können. Sie konnten aber weder den Verletzten finden noch ermitteln. Es wird angenommen, daß er schweren Schaden erlitten hat. Deshalb werden Zeugen des Vorfalls aufgefordert, sich beim Amtsgericht Berlin-Mitte, Altköpenick 11, zu den Aktenzeichen 135. D. 129. 22. zu melden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Das neue Gewerkschaftshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll nicht in Treptow, sondern laut „Vauwelt“ auf dem Grundstück Wall-, Ede Inselstraße in Berlin entstehen. Mit dem Bau ist die „Vauhütte“ (sozialisierte Baugesellschaft) beauftragt worden.

Millionenbeute von Geschäftseindrechern. Für Millionen Mark Werte fielen Einbrechern in der vergangenen Nacht wieder in die Hände. Kassendiebstahlerey erebtenen in dem Konfektionsgeschäft von Penon in der Schützenstr. 34 für eine halbe Million Werte, und andere Stoffe, andere Geschäftseindreicher bei der Firma Scheimann in der Charlottenstr. 17 Eisenstoffe. Hier haben sie eine Wand durchbrochen, um in die Geschäftsräume hineingelangen zu können. In beiden Fällen nun das gestohlene Gut, auf dessen Wiederbeschaffung hohe Beträge ausgeht sind, mit einem Fuhrwerk wegeschafft worden sein. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Poppe im Zimmer 91 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Ein Landstraßenräuber wurde von der Kriminalpolizei in Steglitz unbeschädigt gemacht. Es ist ein 26 Jahre alter Martin Bankowski, der sich wohnungslos umhertreibt und die Landstraße in der Gegend von Pantzig, Steglitz und Lichterfelde unsicher macht. Der Verhaftete räumte alles ein und gab auch mehrere Ueberfälle zu, die der Polizei gar nicht angezeigt worden sind, weil die Ueberfallenen sich entweder zur Wehr setzten, oder den Angreifer durch Hilfserse verschreckt hatten. Alle Angefallenen, die ohne Verlust davonkamen, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei in Steglitz zu melden.

Ein Fernspreckgebührenschwindler treibt in den letzten Tagen im Bereiche des Fernspreckamtes Pfalzburger, insbesondere in den Häusern am Hohenzollernbaum, Kaiserallee usw. sein Unwesen. Er zieht die vierteljährlich fälligen Fernspreckgebühren (die Grundgebühr für April—Juni und die Gesprächsgebühren für Dezember—Januar) auf Grund von Duitungen ein, die nicht von der Telegraphenverwaltung ausgestellt worden sind. Das Formular für die Duitungen ist kein amtliches. Kennzeichnend für die Fälschung der Duitung ist besonders, daß der Abdruck des Tagesstempels fehlt, der zur vollen Giltigkeit der Duitung unbedingt erforderlich ist.

Das Reichspostmuseum bleibt am Sonntag, den 9. April, wegen einer im Lichtstube stattfindenden Erinnerungsfeier an die fünfundsiebenzigjährige Wiederkehr des Todestages Heinrich von Stephens, des ersten Generalpostmeisters des Deutschen Reiches, für die Öffentlichkeit geschlossen.

Weil er Börsengeschäfte machte. Prager Blättermeldungen zufolge hat der deutsche Abgeordnete Dr. Hahnreich den Abgeordneten Dr. Podgman zum Duell gefordert, weil er beschuldigt wird, als Mitglied einer deutschen nationalen Burschenschaft mit Borsianern Geschäfte gemacht zu haben.

Die gleiche rüchichtslose Haltung gegenüber den Geschäftsmachern wäre auch Wulle und seinen Freunden zu empfehlen. Sie werden dann ausgiebig Gelegenheit haben, sich so lange gegenseitig zum Duell zu fordern und hoffentlich auch richtig totzuschießen, bis von ihrer ganzen Clique zum Segen Deutschlands nichts mehr übrig bleibt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

35. Abt. Heute Freitag 8 Uhr bei Widmann, Weidenburger Str. 1. Sitzung (Mittwoch) Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, 22. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr.

Wetzlar. Heute Freitag, im Jugendheim, Ledigenheim, Soeld-Pranzenstr. Vortrag: „Wald und Ziel des Berliner Arbeiterjugend.“

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsgerichte und Schlichtungsausschüsse.

Mit diesem Thema befaßte sich die vom Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission zu Donnerstag abend nach Willes Festhalten in der Sedostianstraße einberufene Berammlung der Gewerkschaften, Kaufmannsgerichts-, Innungs- und Schlichtungsausschüsse. Schröder behandelte das Thema auf Grund des Entwurfs der Schlichtungsordnung und dem geplanten Arbeitsgerichtsgesetz. In dem Anrufungszwang, den Bestimmungen und der Kontrolle über Streitbeschlüsse, sowie der Vorzeit zwischen Streitbeschluss und Streitbeginn erblickt Redner eine Gefahr für die Führung künftiger Lokalkämpfe, moegen die Arbeiterschaft einen Abwehrkampf einleiten müsse. Eine Bevormundung und Reglementierung, wie sie die Bariane vorsteht, könne sich die Arbeiterschaft nicht bieten lassen. Die Unternehmer würden dann erst recht Verschleppungspolitik betreiben und Rechtsanwalte als ihre Vertreter schicken.

Der beim Arbeitsgerichtsgesetz vorgesehene Apparat könne weit einfacher aufgebaut werden. Man habe die Absicht, das Arbeitsgericht den ordentlichen Gerichten anzugliedern und solche dies mit Sparmaßnahmen und Vereinfachung der Rechtsprechung zu begründen. Diese Gründe seien nicht haltbar, das Verfahren bei den ordentlichen Gerichten aber außerordentlich kostspielig.

Man fühle sich stark genug, reaktionäre Pläne durchzuführen, die Rechte der Arbeitnehmer zu beschränken. Die Arbeitnehmerschaft dürfe sich nicht überrollen lassen und müsse zur Abwehr greifen, um sich ihre Zukunftsmöglichkeiten nicht untergeben zu lassen. Die geforderte Entschleunigung erhebt schärfsten Einspruch gegen die beabsichtigte Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte, die des Ende der sozialen Rechtsprechung bedeuten würde. Des Reichsarbeitsministerium trenne mit voller Absicht, den Vorschlägen des 4. Deutschen Richtertages und des 32. Deutschen Juristentages folgend, die beiden Ausstrahlungen unseres sozialen Lebens, um rein konstitutiv die Voraussetzung einer Eingliederung in die ordentlichen Gerichte zu schaffen. Es zerstört damit auch die Voraussetzung für die Errichtung einheitlicher Arbeitsbehörden unter demokratischer Selbstverwaltung.

Demgegenüber fordert die Berammlung den Ausbau der bestehenden Kaufmanns- und Gewerkschaftsgerichte zu allgemeinen Arbeitsgerichten. Die Kosten sind von Reich, Land und Gemeinde zu tragen. Den Arbeitsgerichten ist, wie beim Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsverfahren, die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zu übertragen. Der im Geheimentwurf über die Schlichtungsordnung vorgesehene gemalfene und kostspielige Verwaltungsrat kann vollauf erspart werden.

Die Berammlung erblickt in dem vorliegenden Geheimentwurf die größte Gefahr für die gekamte deutsche Arbeitnehmerschaft und fordert diese zum schärfsten Abwehrkampf auf.

Schiedspruch für die Zigarettenindustrie.

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses am Montag fehlten die Vertreter der Unternehmer wiederum. Der Schlichtungsausschuss hat daraufhin von seinem Recht, auch in Abwesenheit der Parteien zu verhandeln, Gebrauch gemacht und einen Schiedspruch gefällt, der in den Hauptstreitpunkten den Angestellten Recht gibt. Nach dem Schiedspruch soll der bisherige Manteltarif bis 30. September 1922 verlängert werden. Die neuen Gehaltsätze sollen rückwirkend ab 1. Februar gelten und erstmalig am 15. April fällig sein. Die Gehälter betragen 2000 M. Anfangsgehalt der Gruppe I bis 4500 M. Endgehalt der Gruppe IV. Ferner bestimmt der Schiedspruch, daß Rahmregelungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen. Die Angestellten haben sich diesem Schiedspruch unterworfen und die Verbindlichkeitsklärung beim Demobilisationskommissar beantragt. Sowie bekannt geworden ist, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch abgelehnt. Am Sonnabend finden beim Demobilisationskommissar die verbindlichen Verhandlungen amends Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung statt. Der Streik geht inzwischen mit unermindelter Festigkeit weiter.

„Revolutionäre“ Bauarbeiter.

Auf der Baustelle Rennbahn, Hoppegarten, war es zu Differenzen zwischen einem Steinträger und einem Poller gekommen, die zur Entlassung des Steinträgers führten. Daraufhin wurde am andern Morgen die Arbeit eingestellt. Der Bauarbeiter kam deshalb in die Bude, um zu verhandeln, wobei drei Mann gegen ihn täuschlich wurden. Ein Maurer schlug ihm mit der Wasserwaage über den Kopf. Unter diesem Zwang der Verhältnisse wurde die Entlassung des Steinträgers rückgängig gemacht und die Arbeit wieder aufgenommen. Der Steinträger hörte jedoch mittags mit der Arbeit auf, da er andere Arbeit gefunden hatte. Ueber Sonntag schickte der Bauarbeiter dem schlafertigen Arbeiter die Entlassung. Am Montag wurde die Arbeit nicht aufgenommen. Da die Belegschaft vergeblich zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde, ist die gesamte Belegschaft entlassen worden.

In der „Roten Fabrik“ wird nun die Sache so dargestellt, als sei die Arbeit eingestellt worden, um die Akkordarbeit zu verhindern. Und weil der Vertreter des Bauarbeiterverbandes „die scharfe Auseinandersetzung“ nicht billigen konnte, wird ihm nachgesagt, er habe sich auf die Seite der Firma gestellt. „Der Fraktionsvorsitz“ der Kommunisten aber magt sich einfach das Recht an, über den Bau die Sperre zu verhängen, wodurch zum Ausdruck kommt, daß sich die kommunistische Bauarbeiterfraktion bereits als Sonderorganisation etabliert hat.

Angestellte der chemischen Industrie!

Nach Verständigung mit den Fachgruppen-Obleuten haben wir auf Grund des Abstimmungsresultates das am Dienstag, den 28. März 1922, getroffene Abkommen unterzeichnet. Dementprechend gelten die Gehaltsätze ab 1. März bzw. 1. April 1922.

Aff.-Ortsstelle Berlin.

Krise im englischen Metallarbeiterkonflikt. Die gestrige Zusammenkunft zwischen dem Verhandlungsausschuss und den Unternehmern verlief ergebnislos. Nach einstündiger Besprechung wurde mitgeteilt, daß die Lage nach unverändert sei. Das Verhandlungsausschuss forderte die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, was jedoch von den Unternehmern mit der Erklärung abgelehnt wurde, sie könnten auf die verlangte Lohnverminderung nicht verzichten. Das Verhandlungsausschuss hat den Arbeitsminister nochmals um Einsetzung einer Untersuchungskommission gebeten, doch erklärte dieser, daß er, ehe er auf diese Forderung eine Antwort erteilen könne, mit den Vertretern der Unternehmer verhandeln müsse.

Das Lehrlingswesen im Schornsteinfegergewerbe. Der preussische Handelsminister hat die Wältigkeitdauer der von ihm am 20. Februar 1919 auf Grund des § 128 Abs. 2 der Gewerbeordnung mit Geltung bis zum 31. März erlassenen Anordnung über die Höchstzahl von Lehrlingen im Schornsteinfegergewerbe auf drei Jahre, bis zum 31. März 1925, verlängert. Diese Anordnung schreibt vor, daß der einzelne Schornsteinfegermeister nicht mehr als einen Lehrling halten oder neu einstellen darf. — An solchen Verordnungen fehlt es noch für eine ganze Reihe von Kleingewerben.

Deutscher Werkmittel-Verband. Berammlung aller Werkmittel in der Duit-Industrie. Sonnabend 8 Uhr im Restaurant Kronenburg, Stralauer Straße 2. — Berammlung aller Werkmittel und technischen Angestellten in der Zigaretten-Industrie am Sonnabend 8 Uhr im Restaurant Ruse Schöne. Am Weidenbaum.

Beramt. für den reakt. Teil: Hans Althe. Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Gieseler, Berlin. Berlin-Neukölln: Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

